

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 195.

Donnerstag den 13. Juli.

1848.

Bekanntmachung.

Das 19. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes, enthaltend
Nr. 51. Bekanntmachung, das Verfahren bei Bewerbung von Prämien für Verdienste um Landwirthschaft betreffend; vom 10. Juni 1848.
Nr. 52. Verordnung, die Eingangszölle auf ausländischen Zucker und Syrup, ingleichen die Steuer auf inländischen Rübenzucker betreffend; vom 7. Juli 1848.
ist bei uns eingegangen und wird bis zum 29. Juli d. J. auf hiesigem Rathhaussaale zur Kenntnissnahme öffentlich aufgehängt.
Leipzig den 11. Juli 1848. Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Demuth.

Landtagsverhandlungen.

Vierundzwanzigste öffentliche Sitzung der 2. Kammer am 11. Juli 1848.

Die Kammer setzte die Berathung des Berichtes ihrer zweiten Deputation über die dormaligen Finanzzustände fort. Der zweite Theil dieses Berichtes handelt von den zu ergreifenden Maasregeln, als welche die Regierung, von der Herstellung neuer Cassenbilletts ganz absehend, 1) Erhöhung des Zinsfußes eines Theiles der älteren Staatspapiere, 2) Aufnahme von Handdarlehen, 3) Erhebung einer außerordentlichen (Einkommen-) Steuer, 4) eine Zwangsanleihe vorschlägt. Die Deputation rath der Kammer an, die Regierung zur Ergreifung dieser Maasregeln zu ermächtigen; nur bei 3. der außerordentlichen Steuer sind die Abgg. Wehner und Evans anderer Ansicht, indem sie diese Maasregel mißbilligen. Die Berathung über 1. beschloß die Kammer auf Antrag des Abg. Meißel am 7. Juli in geheimer Sitzung vorzunehmen. Gegen den 2. Punct (Handdarlehen bis zu 1½ Millionen) erklärte sich Niemand; nur die Abgg. Brockhaus und Haase fanden Handdarlehen principiell nicht empfehlenswerth, und Abg. Werner hielt durch Annahme kleiner Summen bis zu 200 Thalern herab den kleinen Grundbesitz gefährdet. Staatsminister Georgi, die Abg. Sachse und Ref. v. d. Planitz vertheidigten die vorgeschlagene Maasregel, welcher auch die Kammer beitrug. Eine längere Debatte erhob sich über den 3. Punct, wobei zugleich auf die Einkommensteuer mehr oder weniger eingegangen wurde. Die Regierung war der Ansicht, die Bedürfnisse der Gegenwart von dieser decken zu lassen, sie nicht der Zukunft aufzubürden, also nicht bloß Anleihen zu machen, welche den Staatscredit ohnehin erschüttern. Sie fand auch kein gerechteres und zweckmäßigeres Mittel zur Deckung der gegenwärtig und im Augenblick erforderlichen Mittel, als eine Einkommensteuer. In diesem Sinne sprachen sich Minister Georgi und Geh. Finanzrath v. Ehrenstein aus. Aehnlich der Referent v. d. Planitz, die Abg. Sachse, Albrecht, Secr. Siegel, Rittner, Hauswald, Thiersch gegen die Minorität der Deputation, welche theils von den Separatvotanten Wehner und Evans, theils von den Abgg. Tschirner, Hecker und Helbig vertheidigt wurde, während die Abgg. Brockhaus, Harkort, Meißel, v. Nostritz im Principe gegen eine außerordentliche Steuer sich erklärten oder zu sein schienen, unter den vorliegenden Umständen aber sie als unvermeidliches Mittel anerkannten. Beim Schluß der Sitzung um 2¼ Uhr war die Debatte über diesen Punct noch nicht geschlossen, sondern dieselbe mußte auf die folgende Sitzung vertagt werden.

Achtzehnte öffentliche Sitzung der 1. Kammer am 11. Juli 1848.

Die ständischen Schriften über Zuckerzölle und die Entschädigung der Kammerpräsidenten gelangten zum Vortrage. Präsi-

dent v. Schönfels berichtete der Kammer, wie ungefähr der deutsche Reichsverweser, Erzherzog Johann, sich gegen die ihm vorgestellten Directorien der Ständekammern geäußert habe: nach seiner Erwählung zu dem hohen Amte habe er sich wohl gefragt, ob er in seinem Alter die Stelle annehmen solle. Er habe sich dafür entschieden in Betracht, daß kein Bürger in so außerordentlichen Zeiten wie die unsrigen sich seiner Pflicht entziehen dürfe. Für die Erreichung des schönen Zieles, Deutschlands Größe und Macht, finde er Garantien in dem Nationalcharakter, Fleiße, Muth, der Gemüthlichkeit, Kraft und Kenntniß der Deutschen, in der geographischen Lage Deutschlands im Mittelpunkt Europas, dessen Kern zu bilden es von der Natur bestimmt scheine. Er traue vor Allem auf die deutsche Nationalversammlung und die Ständekammern der einzelnen deutschen Staaten, also auch die sächsischen.

Die Tagesordnung führte zu Berathung des Berichtes der 2. Deputation über das Decret, die Eisenbahnen betreffend. Die Deputation war vollständig den in der 2. Kammer angenommenen Anträgen beigetreten. Zu Punct 1. (Gölschthalbrücke) beantragte Dr. Crusius baldige Herstellung des Anhaltepunctes zu Münsa bei Altenburg, worauf Kön. Commissar v. Ehrenstein versprach, die Unterhandlungen mit der Altenburgischen Regierung von Neuem zu beginnen. Zu 2. (Verbindungsbahn der Leipziger Bahnhöfe) wünschte Bürgerm. Klinger noch ausgedehntere Berücksichtigung der von der Stadt Leipzig ausgesprochenen Wünsche. Der Kön. Commissar erinnert, daß die Hauptsache, die Richtung der Bahn ostwärts der Stadt, berücksichtigt worden sei, die Niveauübergänge der Straßen aber nur mit großem Kostenaufwande sich hätten vermeiden lassen, übrigens aber bei dem langamen Tempo der Fahrten auf der Verbindungsbahn den Verkehr kaum stören würden. Zu 3. wünschte Vicepräs. Gottschald einen bequemeren Zugang zu dem böhmischen Bahnhofe in Dresden, namentlich durch Verlängerung der Seegasse, wurde aber vom Bürgerm. Hübler belehrt, daß bequeme Zugänge vorhanden, die Verlängerung der Seegasse auch deshalb unpraktisch sei, weil sie den gesammten Verkehr auf die Schloßgasse und durch das Georgenthor dirigiren würde. Nach einer kurzen Bemerkung des Geh. Finanzrath v. Ehrenstein über diese Localfrage regte Amtshauptm. v. Welck auf Riesa die Chemnitz-Riesaer Eisenbahnverhältnisse an und bat um Unterstützung für dieselbe, worin er vom Bürgerm. Schanz unterstützt wurde. Prinz Johann und v. Ehrenstein bemerkten, daß diese Angelegenheit nicht hierher gehöre, und v. Hohenthal-Püchau nebst v. Thielau, daß diese Eisenbahn seit Kurzem wieder 83000 Thaler an Unterstützung erhalten habe. Die Kammer trat allenthalben der Deputation bei.

Dieselbe Deputation empfahl eine Petition aus Stolberg um Chaußeebau der Berücksichtigung der Staatsregierung. Die vierte Deputation berichtete durch Vicepräs. Gottschald 1. über die Petition des Zwickauer Stadtrathes um Revision der Polizeistraf-